

Bezugspreis:

6 wöchentlich 30.— Mk., monatlich 10.— Mk.,
für ins Haus gebracht zahlbar. Post-
bezugs monatlich 10.— Mk., extra Zu-
stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 16.50 Mk.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmal, halbjährlich 21.50 Mk. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. — Eingetragene in
die Postzeitungs-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll u. Rein“ erscheint wochen-
weise zweimal: Sonntags und Montags
einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelheftpreis:
Die achtgepaltene Konportregelle
folgt: 2.— Mk. Teuerungszuschlag 50%
„Kleine Anzeigen“, das ist
gedruckte Wort 1.— Mk. (täglich zwei
letzte druckte Worte), jedes weitere
Wort 50 Pfg. Stellungs- und
Schließungsanzeigen das erste Wort
45 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%
Familien-Anzeigen für Wohnanzeigen
Zelle 2.— Mk., politische und ge-
werkschaftliche Zeitschriften-Anzeigen
2.— Mk. die Zelle ohne Aufschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 3 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW. 3, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Beilagen
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morinplatz, Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 2. September 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morinplatz, Nr. 11753—54.

Das Ende von Minst.

London, 1. September. „Daily Mail“ meldet aus Warschau, daß der Rest der polnischen Delegation aus Minst zurückgekehrt ist. Die bolschewistischen Delegierten seien nach Moskau zurückgekehrt. Keine der beiden Delegationen hätte einen Waffenstillstand vorgeschlagen.

Immer die „strategischen“ Erwägungen.

Washington, 1. September. (WZB.) Die polnische Antwort auf Staatssekretärs Cully letzte Note ist eingegangen. Wie verlautet, geht sie dahin, daß strategische Erwägungen für den von Polen einzuschlagenden Weg maßgebend sein müßten. Dem amerikanischen Wunsch, daß das russische Gebiet gesichert werden möchte, wird zugestimmt, doch legt die polnische Antwort dar, Polen sei genötigt, die ersten Folgen zu erwägen, die sich ergeben würden, wenn die polnische Gegenoffensive an einer bestimmten Linie zum Stillstand gebracht würde, ohne daß befristete Garantien von der Sowjetregierung gegeben würden. Die Antwort weist ferner auf die Tatsache hin, daß die Grenzen Polens von den Bolschewisten verletzt wurden, obwohl die englische Regierung die Sowjetregierung aufgefordert hatte, an den ethnographischen Grenzen Polens Halt zu machen.

Polnischer Siegesbericht.

Kopenhagen, 2. September. (WZB.) Nach einem Warschauer Privattelegramm der „Nationaltidende“ heißt es in dem polnischen Heeresbericht: Am 29. marschierten unsere Truppen in Augustow unter dem Jubel der Bevölkerung ein. Im Abschnitt Bialystok weicht der Feind vor unserem Druck andauernd nach Osten zurück. Sokolka, Grobel und Karem sind genommen. Eine bolschewistische Abteilung, die bei der Station Malanarowa Widerstand versuchte, mußte in wilder Panik flüchten und über tausend Gefangene zurücklassen. Im Abschnitt Brest-Litowsk herrscht Ruhe. Bei Jamsk leisteten unsere Truppen gegen die Kavallerie Dubjennys heftigen Widerstand. Die Stadt Grabowice, die zeitweilig vom Feinde besetzt war, wurde von den Polen durch einen Gegenangriff zurückerobert. Nördlich von Lemberg ist die Lage unverändert, hartnäckige feindliche Angriffe gegen Tschernowice und Zabarze wurden zurückgewiesen mit schweren Verlusten für den Feind. Die Gegend von Jodziszew und Chodorow ist von Bolschewisten befreit. Die ukrainische Offensive nimmt eine erfolgreiche Entwicklung.

Polnische Siegesmeldung aus Galizien.

Kopenhagen, 1. September. (WZB.) Nach einem Telegramm aus Warschau meldet der polnische Heeresbericht: Die polnisch-ukrainischen Truppen haben den größten Teil von Ostgalizien befreit und sind jetzt Herr des ganzen linken Ufers

des Dnjepr. Sie setzen die Verfolgung der Bolschewisten fort. In der Gegend von Przemyslany haben die Polen die Sowjettruppen auseinandergeprengt. Die ukrainischen Truppen haben bei ihrem Überzug über den Dnjepr südlich von Buczarg die bolschewistischen Abteilungen zum schnellen Rückzug gezwungen. Auf der Nordfront setzten die polnischen Truppen ihren Vormarsch gegen Grodno fort.

Wrangel meldet Siege . . .

Kopenhagen, 2. September. (WZB.) Die hiesige antibolschewistische „Gefandtschaft“ hat von General Wrangel folgendes Telegramm erhalten, das vom 31. August datiert ist: Auf der Kubanfront ist die ganze Halbinsel Taman besetzt. Bei Olginssk haben wir eine rote Division geschlagen und 3000 Gefangene gemacht. Die Operationen verlaufen erfolgreich. General Kutepow ist nördlich von Tauris zur Offensive übergegangen. Die Aufreiter halten nördlich von Donez die Verbindungswege besetzt in der Gegend von Zelaterinoslaw und belagern Odessa.

. . . Andere melden das Gegenteil.

Paris, 1. September. (WZB.) „Chicago Tribune“ berichtet, daß in der Nord-Arm die Armee des Generals Wrangel vor den heftigen Angriffen der Bolschewisten langsam zurückgehe. Der Rückzug des rechten Flügels des Generals sei durch zwei Kavalleriedivisionen bedroht. Die Bolschewisten griffen heftig an, hätten den Dnjepr überschritten und seien in Kozka angekommen.

Wrangel verhandelt mit Polen.

Paris, 2. September. (WZB.) Nach einer Meldung der „Information“ aus Warschau finden augenblicklich zwischen dem Abgesandten des Generals Wrangel, Weglow, und den Polen in Warschau Verhandlungen statt über ein gemeinsames Vorgehen der polnischen Truppen mit denen des Generals Wrangel.

Ein Sowjetschlachtschiff gesunken.

Paris, 2. September. (WZB.) Nach einer Radiomeldung aus Helsingfors soll auf der See von Kronstadt an Bord des Sowjetschlachtschiffes Rote Morgenröte sich eine Explosion ereignet haben, durch die 130 Mann der Besatzung getötet worden seien. Das Schiff sei gesunken.

Kommunistenkongreß in Waku.

Paris, 1. September. (WZB.) Laut einer Radiomeldung aus Waku ist dort ein kommunistischer Kongreß der Ostbölder zusammengetreten, an dem 4000 Delegierte teilnehmen.

Die „Kleine Entente“.

Eine Rede des Ministers Benesch.

Brag, 1. September. (WZB.) In der heutigen Sitzung des ständigen Ausschusses sagte Minister des Reiches Dr. Benesch u. a.: Das Abkommen zwischen der Tschechoslowakei, Südslawien und Rumänien ist ein politisch außerordentlich bedeutendes Faktum. Die Politik der tschechoslowakischen Republik ist überall und immer friedliebend und gegen eine Intervention gerichtet gewesen, und dieselbe Idee ist auch bei der sogenannten Kleinen Entente zwischen uns, Rumänien und Südslawien leitend gewesen.

Die allgemeine politische Lage in Europa ist heute schwierig, und wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben, daß binnen kurzem eine völlige Aenderung eintritt wird. Die europäische Lage wird auch weiterhin und vielleicht noch lange Zeit hindurch von einzelnen großen politischen Mächten bestimmt werden, und zwar zuerst von dem Ententeblock im Westen, dem deutschen Block im Norden und dem russischen Block im Osten. Man darf voraussehen, daß trotz aller politischen Schwierigkeiten die Einigkeit im Westblock auch weiterhin aufrechterhalten wird. Der deutsche Block strebt heute namentlich eine Konsolidierung im Innern und die Heilung der Wunden an, die ihm der Krieg verfehlt hat; er verfolgt jedoch die Ereignisse in Europa aufmerksam, um zu geeigneter Stunde mit seiner Kraft in die internationalen Verhältnisse eingzugreifen und in der Politik Europas jene Rolle zu spielen, die seiner Stärke angemessen ist. Den dritten Block bilden die Russen. Wir und unsere Verbündeten können einstweilen zur russischen Frage nur einen abwartenden Standpunkt einnehmen.

Der Wortlaut des Vertrages mit Südslawien wird in der aller-nächsten Zeit veröffentlicht werden. Da die Verhandlungen mit Rumänien ganz neuen Datums sind, werden einige Fragen in ihren Einzelheiten noch geprüft werden müssen. Es wurde im ganzen auch mit Rumänien ein Einvernehmen in unserer zukünftigen Beziehungen und in unserer Gesamtpolitik herbeigeführt. Die Reu-

tralität im russisch-polnischen Konflikt ergab sich von selbst aus unserer bisherigen Politik. Meldungen, daß die französische Regierung mit der magyarischen Regierung ein Abkommen getroffen hätte, bei welchem nachbarliche Interessen und insbesondere auch die ungenigen in territorialer Beziehung berührt würden, sind unrichtig.

Die Erklärung des Ministers wurde mit allen tschechischen Stimmen zur Kenntnis genommen, die Nationaldemokraten (Die Partei des Dr. Aramarsch. Die Red.) entzernten sich während der Abstimmung.

Debatte über das Gultschiner Ländchen.

Bei der Verhandlung des Berichtes über die Ausdehnung der Militärgepöte auf das Gultschiner Ländchen wandten sich die deutschen Redner gegen die Aushebungen in Gultschin. Senator Professor Spiegel sagte: Die Gultschiner Deutschen hätten noch das Optionsrecht für Deutschland, welches Recht auch den Ausgehobenen nicht genommen werden könnte. Mindestens die Hälfte der Stellungspflichtiger werde sich der Stellung durch die Option entziehen, so daß die Wirkung des Gesetzes eigentlich unbedeutend sei. Der Antrag des Senators Spiegel, die Abstimmung zu vertagen, wurde abgelehnt und die Verordnung genehmigt. Senator Spiegel stellte dann den Antrag, die Aushebungen im Gultschiner Ländchen zu verschieben. Der Minister für nationale Verteidigung Mawlowicz erklärte, daß er die vorgetragenen Gründe anerkenne und daß die Regierung die Verzögerung entgegennehme, daß die Aushebungen nicht vor den Wahlen dort durchgeführt werden sollen. Darauf wurde der Antrag des Senators Spiegel angenommen.

Italien gärt.

Paris, 2. September. (WZB.) Nach einer Meldung aus Rom haben die Metallarbeiter von Turin, die gestern zur Arbeit erschienen waren und die Betriebe geschlossen fanden, sich ihrer Bemächtigt.

Diktatur des Unverstands.

Die Diskussion über Moskau.

Die Diskussion über Moskau dauert in der U. S. V. mit gleicher Festigkeit an. Unter der Überschrift „Das Ergebnis von Moskau“ nimmt in der heutigen „Freiheit“ der Unabhängige Braunschweiger Ministerpräsident Sepp Dertter Stellung zu der Frage „Demokratie und Diktatur des Proletariats“ und vertritt zunächst die Ansicht, daß die Moskauer Politik schwankend sei und schwankend sein müsse, weil ihre Macht sich nicht auf sozialistische Grundsätze und Mittel, sondern auf durchaus reaktionäre Mittel stütze. Moskaus Bedingungen seien „Siegerbedingungen im Geiste der Ludendorffe und Hindenburgs — nicht sozialistische Bedingungen“. Das sei unsozialistisch und reaktionär. Die „proletarische“ Diktatur Rußlands wird von Sepp Dertter in folgender Weise charakterisiert:

Der Bolschewismus und mit ihm der Kommunismus ist vor allem über eine durchaus bourgeoise und reaktionäre Auffassung des Begriffes der Diktatur nicht hinausgekommen und deshalb macht er den Begriff Diktatur des Proletariats zu einer Karikatur. Er stellt Demokratie und Herrschaft des Proletariats als unüberbrückbare Gegensätze hin, was sie nicht sind.

Das ist Wort für Wort die seit jeher vom „Vorwärts“ vertretene Auffassung. Noch deutlicher sind folgende Worte Dertters:

In Rußland haben wir noch keine Diktatur des Proletariats, keine Herrschaft der Arbeiterklasse. . . . In Rußland haben sich die Kommunisten — die Bolschewisten — im Jahre 1917 unter Ausnutzung günstiger Umstände handgreiflich der Herrschaft bemächtigt. Sie haben eine kommunistische Diktatur auch über die große Mehrheit der Arbeiterschaft auferichtet.

Wenn die Unabhängigen in der Polemik gegen die „Rechtssozialisten“ ganz besonders gewillt sein wollen, so pflegen sie über das „Bongentum“ innerhalb der Sozialdemokratie zu spotten. Auch zu diesem Thema weiß Sepp Dertter einige Worte zu sagen, die gewiss den Führern in der U. S. V. wenig angenehm klingen dürften:

Die Diktatur der russischen Kommunisten ist aber auch weniger eine Diktatur der Partei als der Parteiführer. Und weil es — um diesen Ausdruck, der ja so sehr im Sprachgebrauch der Kommunisten (leider auch vieler Unabhängiger! Redaktion des „Vorwärts“) liegt, zu gebrauchen — eine Bongendiktatur ist, deshalb muß diese Diktatur zu allen reaktionären Mitteln greifen, um sich gegen die Mehrheit des russischen Volkes zu halten. Deshalb der Militarisismus, der Terror, die Unterdrückung der Pressefreiheit. Und diese reaktionären Mittel werden nicht nur angewandt gegen die russische Bourgeoisie, sondern auch gegen jene russischen Arbeiter und Arbeiterparteien, die man, weil sie nicht bolschewistisch sind, in bequemer Weise als gegenrevolutionär und antisozialistisch bezeichnet.

Von besonderem Interesse sind die positiven Ausführungen, die Sepp Dertter über seine Auffassung von der Erringung der politischen und ökonomischen Herrschaft macht:

Ich will einmal versuchen, den sozialistischen Begriff der Diktatur — wir brauchen dieses bürgerliche Wort überhaupt nicht zu benutzen, sondern die Sache sagen: Herrschaft (das klingt freilich nicht so radikal) — des Proletariats auszuschließen. Die Überführung der Produktionsmittel aus dem Besitz der Privatkapitalisten in den Besitz der Allgemeinheit kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein. Sie muß dazu im bewußten Klassenkampf die politische Macht erobern. Zur Eroberung der politischen Macht muß sich die Arbeiterklasse aller Mittel des proletarischen Klassenkampfes, der wirtschaftlichen, politischen und parlamentarischen, bedienen, und damit auch demokratischer Mittel. Ausgeschlossen sind für den proletarischen Befreiungskampf alle reaktionären Mittel. Ist das Ziel des Klassenkampfes — die Eroberung der politischen Macht — erreicht, dann beginnt die Herrschaft des Proletariats; d. h. die Arbeiterklasse wird allein bestimmend für die Gestaltung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sein. Die Gegner der Arbeiterklasse werden das Objekt der Gesetzgebung. Die Herrschaft der Arbeiterklasse wird um so gesicherter sein, je sozialistisch geklärt und breiter die Massen sind, die hinter dieser Herrschaft stehen. Sie muß also eine breite Grundlage in der Masse des Volkes haben. Zur Verteidigung dieser Herrschaft wird niemand die Masse des Volkes nach innen und außen bereit sein. Eine solche in einer breiten sozialistischen Masse gesicherte Herrschaft der Arbeiterklasse kann allein an die historische Aufgabe des Proletariats herangehen: den Klassenstaat durch die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit zu zerstören und die Klassenlose Gesellschaft des Sozialismus aufrichten, die eine wirklich demokratische Gestaltung des Staates ermöglicht.

Diese marxistische Auffassung von der Gestaltung der Machtverhältnisse, der Herrschaftsübernahme durch das Prole-

karat und der Ueberwindung des Massenstaates steht in striktem Gegensatz zu der von Moskau propagierten Taktik und Methode. Sie entspricht den Gedankengängen, die früher die gesamte Sozialdemokratie vertrat, die aber in letzter Zeit lediglich von der alten Sozialdemokratie vertreten worden ist. Indem der Klassenkampf als Mittel zur Befreiung des Proletariats mit dem Ziel einer endgültigen Demokratisierung der Gesellschaft aufgefaßt wird, entfällt das von den russischen Bolschewisten zum Prinzip und zur Notwendigkeit erhobene Erfordernis des Bürgerkrieges. Der Bürgerkrieg kann — nach marxistischer Auffassung — eine Begleiterscheinung des Klassenkampfes sein, wird aber nicht durch ihn bedingt. Die Einflüsse, die sich in dem — von Kautsky so benannten — „sozialismus asiaticus“ geltend machen, werden mit Recht von Gopp Dertter als Einflüsse der Theorie Bakunins bezeichnet.

In der Kinderkrankheit des Radikalismus und in gefühlsmäßiger Revolutionsromantik mag man die russischen Verhältnisse als die allein gebotenen halten. Ein Sozialist der Marx nicht zur Karikatur macht, der ein Revolutionär ist, muß die kommunistischen Methoden ablehnen, schon weil sie mehr von Bakunin in sich tragen als von Marx. Diese Methoden mögen sich auch in Rußland für einige Jahre durchsetzen können — auf die Dauer aber auch nicht. Sie konnten sich auch in Rußland nur durchsetzen, weil sie aufgeschöpft worden sind, den ihnen ähnlichen Methoden des Zarismus und unter ganz anders gelagerten sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. In Deutschland und Westeuropa angewandt, würden die russischen Methoden zu verhängnisvollen Niederlagen der Arbeiterklasse führen. Die ökonomischen Verhältnisse in Rußland sind heute noch nicht im marxistischen Sinne reif für den Sozialismus. Das kapitalistische System hatte dort nicht jene Stärke und jene Entwicklung wie in Westeuropa. In Rußland konnte sich eine Partei der Herrschaft bemächtigen, in Westeuropa kann das nur die Arbeiterklasse als Ganzes, denn ihr steht gegenüber eine viel stärkere Bourgeoisie, ein viel stärkeres antisozialistisches Bauerntum, das sich nicht durch den Handstreich einer Partei, das sich nur durch entschlossenen, gütigen und einheitlich geführten Klassenkampf überwinden läßt. In Westeuropa ist auch ein Proletariat, das den Klassenkampf nicht gefühlsmäßig, sondern bewußter führt als in Rußland, das nicht den augenblicklichen Erfolg, sondern das große sozialistische Ziel erstrebt, das herantreibt zu einer Herrschaft der Arbeiterklasse, das aber zu selbstbewußt ist, um sich die Diktatur einer Parteiführung oder gar einiger Parteiführer auf die Dauer gefallen zu lassen; das endlich sozialistisch schon so durchgebildet ist, daß es sich zu einer Erreichung seiner Ziele nicht der reaktionärsten Mittel bedient, weil es weiß, daß sich letzten Endes solche Mittel gegen die Arbeiterklasse und das Proletariat selbst kehren und dem wirklichen Sozialismus die Zukunft verschütten.

Mit schonungsloser Kritik wird hier die Schwäche des russischen Sozialismus aufgeleitet. Die ökonomische Reife als Vorbedingung für die sozialistische Gesellschaftsform im marxistischen Sinne ist in Rußland noch weniger erfüllt als im westlichen Europa, und hiermit wird die Unmöglichkeit der Errichtung der sozialistischen Demokratie durch bolschewistische Methoden einwandfrei bewiesen. Utopie staaten im Sinne der Vorläufer des wissenschaftlichen Sozialismus zu errichten, fehlt es an sämtlichen praktischen Voraussetzungen. Dertter kommt zu dem nach seinen vorausgegangen Ausführungen nur selbstverständlichen Schluß:

Die Arbeiterklasse in Deutschland hat mit allen Mitteln des proletarischen Befreiungskampfes zur Eroberung der politischen Macht und damit zur Herrschaft der Arbeiterklasse zu streben. Sie darf sich nicht in den russischen Stiefel bei ihrem Befreiungskampf zwängen lassen. Der Kampf zu sehr nach Zarismus und ich lehne den russischen Stiefel nicht — auch nicht, wenn der Fuß eines Lenin oder Trotzky darin steckt. Und ich hoffe und erwarte das auch nicht von unserer Partei.

Das ist eindeutig und klar gesprochen. Mit der gleichen

Bestimmtheit jedoch hat sich Däumig für den Anschluß an Moskau ausgesprochen und wird sich auch durch das von Dertter gebrauchte kräftige, aber zureichende Bild in dieser Uebereizung nicht irremachen lassen. Die Arbeiterklasse, die bisher von der „Freiheit“ über Rußland ein anderes Bild erhielt, wird nicht wenig überrascht sein, wenn sie diese Schilderungen liest. Für die Sozialdemokratie aber bedeutet die Diskussion über Moskau nur die Bestätigung der Richtigkeit ihrer Politik einem Regime gegenüber, das von Dertter als Neuaufgabe des Zarismus vernichtend gekennzeichnet wird.

Der Wirtswart in der U. S. P.

Das Breslauer Organ der U. S. P., die „Schlesische Arbeiterzeitung“, erklärt sich für den Anschluß an Moskau, indem sie sich mit dem Artikel Däumigs in der „Freiheit“ voll und ganz identifiziert. Dagegen lehnt die in Gera erscheinende „Opfthüringer Tribune“ die Moskauer Bedingungen ab.

Der Kampf um Moskau.

Von der Reichskonferenz der U. S. P.

Auf der Reichskonferenz der unabhängigen Partei wurde am Mittwoch die große Auseinandersetzung über die Bedingungen, die die Moskauer Bolschewisten den Unabhängigen gestellt haben, fortgesetzt.

Crispien trug in seiner 25stündigen Rede alle Momente zusammen, die der in seinen heiligsten Gefühlen gekränkte Parteileiter gegen die Bedingungen nur aufreizen konnte. Er schilderte beweglich, wie die deutsche U.S.P.-Delegation immer wieder neuen Inquisitionen in Moskau unterworfen worden sei, bald von Kappel, bald von Trotzky, bald von Sinowjew, aber auch von den deutschen Kommunisten Meyer und Levi. Trotzky sprach es ganz deutlich aus, daß man es zu einer Spaltung der U.S.P. bringen müsse. Wie hundertfältig die Unabhängigen in Moskau behandelt wurden, beleuchtet der Umstand, daß Sinowjew eine Rede Gentes als — rechtssozialistisch (!) bezeichnet, trotzdem, wie Crispien hinzufügt, sogar Maria Petlin Gentes zu dieser Rede beglückwünschte hatte. Der Holländer Winkop wandte sich immer wieder dagegen, daß die Unabhängigen mit in den Kommissionen vertreten seien, daß schließlich Sinowjew ihm antwortete, daß die U.S.P. trotz des rechten Flügels eine Massenpartei sei, daß aber Winkop trotz 15jähriger Arbeit nicht mehr als 1600 Menschen um sich gesammelt habe!

Schließlich wurden die U.S.P.-Delegierten gnädigst zu den Kommissionsarbeiten zugelassen. Sie nahmen aber nur teil an den Beratungen jener Kommission, in der die Anschlußbedingungen festgesetzt werden sollten. Aber auch dort belagerten sie zunächst wieder ihr eigenes Sündenregister zu hören. Es wurde ihnen gesagt, Dittmann betriebe eine Gewerkschaftspolitik wie Lenin, er sei kein Revolutionär. Dittmann werde unter keinen Umständen in die dritte Internationale aufgenommen werden. Trotzky hielt eine heftige Rede gegen die U.S.P. „Freiheit“-Redaktion und die ganze unabhängige Presse. Die Spaltung der U.S.P. müsse kommen. Trotzky plädierte für das härteste Programm, damit die Führer unschädlich gemacht würden. Sinowjew hielt, nach Crispiens Darlegungen, eine scharfe Rede gegen die politischen Arbeiterkräfte, er bezeichnete sie als objektiv konterrevolutionär. Bitter beschwerte sich Crispien über die zweideutige, oder wie es in dem „Freiheit“-Bericht heißt, „nicht ganz einwandfreie“ Rolle, die seine Mitdelegierten Stöder und Däumig spielten. Insbesondere ist in Moskau auch der famose Wilhelm Herzog aufgetaucht, dessen Nachschaffungen Crispien als „hinterhältig und verwirrend“ bezeichnet.

Nach Crispien sprach Däumig als Korreferent. Er ist ganz mit den Moskauer Forderungen einverstanden und behauptet, es sei irrtümlich, wenn Crispien es so darstelle, daß die bekannten Namen aus der Partei ausgeschlossen werden müßten. Die russischen Kommunisten hätten erklärt, daß sie das den Parteien überlassen. Auf entrüstete Zwischenrufe, daß sie doch in den Bedingungen, erklärte Däumig, daß die Moskauer kein formaljuristisches Gericht über die Genossen beabsichtigen. Es werde nur eine theoretische Erklärung der Partei verlangt. Allerdings in der dritten Internationale könne eine Meinungsfreiheit im alten demokratischen Sinne nicht herrschen. Voraussetzung für den Anschluß an Moskau sei natürlich das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats und deren Vorbereitung. Aber der Parteitag müsse sich erklären, ob die Richtung Kautsky, Hüfingding usw. immer noch in der Partei eine Rolle spielen dürfe. Die Russen weisen darauf hin, daß die Auffassung Kautskys immer noch gelte zur

Rechtfertigung Judenitsch, Denikins, Kosschaks und anderer. Däumig setzte sich dann auch mit Hüfingding auseinander, der die Partei nicht in konsequent revolutionärem Sinne geführt habe. Auf den Zwischenruf, daß doch Däumig Vorsitzender der Partei sei, erklärte Däumig, daß Hüfingding an allen Sitzungen teilnehme und sie entscheidend beeinflusse.

Als dritter Redner sprach Dittmann: Es ist notwendig, daß man sich über die Grundlage der bolschewistischen Herrschaft klar werde und daß man prüft, ob diese selben Grundlagen auch in den anderen Ländern gegeben sind. In Rußland sind durch die Schuld des Zarismus 75 Prozent der Bevölkerung stumpf und dumpe, deren Interessen größtenteils durch Bewährung von Vorteilen (Zurückweisung von Land, Enthebung von der Steuerpflicht usw.) befriedigt werden konnten. Die russischen Führer hätten selbst zugegeben, daß diese Massen keine Kommunisten sind, sondern noch von agrarischen, Kleinbürgerlichen Anschauungen befangen sind. Ein klassenbewußtes Industrieproletariat habe es in Rußland nicht gegeben. Als dann nach der Machtübergang durch die Bolschewiken Lenin die Parole zur Enteignung der Enteigneten herausgab, folgten diese stumpfen Massen dieser Aufforderung natürlich sofort. Aber auf diesem Wege ließ sich kein Kommunismus aufbauen. Daher werde jetzt versucht, diesen von obenher zu dekretieren. Das habe zu einem unglaublichen Aufschwollen des Beamtenapparates geführt. In den russischen Bureaus wie im Heere seien die reaktionärsten Beamten und Offiziere tätig, die eine ständige Bedrohung der Sowjetmacht bilden. Die Kulturlosigkeit und die Passivität der breiten Massen bilde die Grundlage des Sowjetregimes.

Wenn Däumig gesagt habe, man liefere durch die offenen Vorlesungen über Rußland Material für die antibolschewistische Liga, so sei demgegenüber zu erklären, daß dann jedem Genossen der Mund verschlossen würde. Es ist notwendig, daß das deutsche Proletariat vor Enttäuschungen bewahrt bleibe und daß die Delegation offen und frei über ihre Erfahrungen und Feststellungen in Rußland berichtet.

Dittmann erklärte weiter, die Frage heiße nicht: für oder gegen die Dritte Internationale, sondern die Frage sei: für oder gegen diese Ausnahmeverhältnisse. Wenn Däumig und Stöder sich diesen Bedingungen unterwerfen, so ist das ihre Sache, aber „wir wollen aus unserer Partei keine Sekte machen“.

Als letzter Redner sprach Stöder, der behauptet, von den Bedingungen sei in Deutschland ein Zerbrochen festgestellt worden, das kaum zu glauben sei. In Rußland sei keine Vögelwirtschaft. Es gebe keine Partei, die so viel Bezirke- und Kreis-Konferenzen abhält, wie die dortigen Kommunisten. Stöder übt heftige Kritik an der Schreibweise der „Freiheit“, der „Leipziger Volkszeitung“ und einem Teil der übrigen U.S.P.-Presse. Er wird heftig unterbrochen, als er die Aufgaben der Redakteure darlegt, wie sie sie seiner Meinung nach haben müßten. Er verlangt, daß die Partei Stellung nehmen müsse gegen alle pazifistischen Illusionen; er billige durchaus den Beschluß der Moskauer Exekutive, daß die Elemente, die grundsätzlich auf einem anderen Standpunkt stehen, die Partei verlassen müssen. Man müsse klar und offen ausdrücken, daß Kautsky nicht mehr in die Partei gehöre.

Am Donnerstag soll die Auseinandersetzung fortgesetzt werden.

Zusammenstöße in Augsburg.

Tote und Verwundete.

Augsburg, 1. September. (WZ.) Während einer für heute nachmittags im Rathaus abendarmen Sitzung von Vertretern der Stadt, der Regierung, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bildeten sich in den Außenvierteln der Stadt Demonstrationen, die sich nach dem Rathaus hin bewegten. Ein starkes Polizeigewalt und Scharfschützeinsatz hielt die Straßen vor dem Rathaus besetzt. Die Menge verlangte a. a. stürmisch die Entfernung der Maschinengewehre, und schließlich sah sich die Polizei genötigt, der Menge den Vorbeimarsch vor dem Rathaus zu gestatten. Dabei wurde die Sicherheitswehr von der Menge hart bedrängt und mußte von der Waffe Gebrauch machen. Auf eine Maschinengewehrpatrone, die als Schredsalve (wirklich? Red. d. „Woz.“) gedacht war, stieß die Menge auseinander. Zwei Personen wurden getötet und zwei verletzt. Zurzeit herrscht Ruhe. Ein starkes Polizeigewalt hat das Rathaus besetzt.

Wir geben den Bericht mit allem Vorbehalt wieder, da er einen etwas tendenziösen gefärbten Eindruck macht und wie im Augenblick nicht in der Lage sind, ihn auf seine Richtigkeit nachzuprüfen.

Der Herr mit der Liste.

Von Hans Bauer.

„Der Herr mit der Liste“ war der Feldwebel der Ersatzbatterie in Deutschland, der in periodischen Zeitabständen die Karte verlas, die an die Front abends wurden, „der Herr mit der Liste“ ist der Oberleutnant, der die Journale verliest, der „Herr mit der Liste“ ist der Major, der abends die Kameraden in die Kasse führt. . . . Den „Herrn mit der Liste“ gibt es in tausendfacher Auflage.

Der „Herr mit der Liste“ mußte es einen Tag früher als wir, ob wir morgen die Sachen packen und Abschied nehmen und in Not und Gefahr tief ins Frankreich hinein fahren müßten, weiß es ein paar Stunden früher, ob unsere Buben 2 oder 3 oder 4 unter ihren Ertemanteln stehen haben, weiß es Minuten früher als wir, ob Karlefen, den wir W. Raaf Sieg gewettet haben, Geld gebracht hat oder nicht. Der „Herr mit der Liste“ weiß um Wochen, Tage oder Stunden etwas früher, was unser Herz bewegt. Der „Herr mit der Liste“ ist jener Mensch, dessen Anblick unseren Puls schneller schlagen läßt. Der „Herr mit der Liste“ ist unsere menschgewordene Spannung. Nicht in seiner Eigenschaft als Persönlichkeit, sondern als Besitzer eines Stückchen Papiers, auf dem es geschrieben steht. Es, es . . . dieses Bestimmte, Herausgegriffene, um das es sich dreht, um das sich unsere Gedanken drehen. Der „Herr mit der Liste“ ist immer ganzam. Er läßt und Sekunden länger auf das Resultat warten, als es unbedingt nötig wäre. Er verspricht sich einmal und erweckt dadurch unbedeutende Freude oder unbedeutendes Leid, und vor allem: er ist unerbittlich, der „Herr mit der Liste“. Es ist so ganz unnützlich, daß wir noch hoffen, bangen, erwarten, befürchten. Die Entscheidung ist gefallen. Es hilft nichts mehr. Das Papier, das er hält, ist beschrieben. Es ist alles endgültig. Das Papier ist die letzte Instanz. Der „Herr mit der Liste“ ist oft nur Vermittler. Gefällt worden ist das Urteil von anderen. Aber die anderen sind eben irgendwo, kümmern sich nicht mehr um ihre Urteile, kennen sie gar nicht mehr. Das Papier aber kennt sie. Und der „Herr mit der Liste“ kennt das Papier. Auf ihn überträgt sich das Gefühl unserer grenzenlosen Abhängigkeit. Wir fühlen uns dem „Herrn mit der Liste“ überliefert. Er ist die Velleumung und das Urteil und wird die Entspannung und Erlösung sein.

Der „Herr mit der Liste“ immer heillos. Ihm ist eine Pflanzung von Buchstaben, totes Wort, was uns Ereignis oder gar Schicksal ist. Ich habe immer ein heimliches Grausen vor dem „Herrn mit der Liste“ gehabt. Er steht über dem, was uns angeht. Er ist der Neutrale, Mutlose, Kalte. Er ist die Bestimmung selbst, die blindlings anheilt: Freude und Kummer, Tod und Leben, Dächeln und Weinen, die Bestimmung selbst, die gerührt und lebendig macht. Er

hat keine Liebe und keinen Haß — er hat das Papier, der „Herr mit der Liste“.

Kennst ihr die Geschichte von dem römischen Kaiser, der einen Sklaven hinrichten ließ, weil der ihm eine Unglücksbotschaft überbracht hatte? Auch dieser Sklave war ein solcher „Herr mit der Liste“. Würde ihm der Gedanke, daß seines Kaisers Augen — ehe er die Lippen öffnete, um seine Volkshaft zu jagen — an eben diesen Lippen in wilder Furcht hingen, eine Bemühtung bei seinem letzten Gange gewesen sein. Der Sklave war für Sekunden der Kaiser seines Kaisers gewesen.

Neue Filme: „Sumurun“. Man kennt die Geschichte der Favoritin des allmächtigen Scheiks Sumurun, die ihre Liebe zum schwärmerischen Teppichhändler Nur al Din durch alle Gefahren zum Ziele führt, von Frelas Panomime her, die in Reinholdts Regie ihre Siegesreise antat. Man erinnert sich auch der burschleschen Szenen, die mit einem in indischen Schlaf versenkten Rudigen angestellt werden. Hieraus einen Film zu gestalten, war ein freudbarer Gedanke. Der Stoff bietet weite, reiche Hintergründe, gibt der Phantasie Spielraum, und erlaubt dem Regisseur — Ernst Lubitsch — die Wunder des Orients im Haremleben wie in der Gauklerwelt und im Teppichbazar sich auswirken zu lassen. Es ist ein Riesenspektakel (eine eigene Stadt wurde errichtet) aufgebaut, der prachtvolle Raum- und Architekturbilder, wogendes, brandendes Leben in Massenregenen, hervorragende schauspielerische Leistungen in Hülle und Fülle spendet. Eine hoch orientalisierende Musik von Victor Holländer voll hübscher charakteristischer Klangfarben und possender Rhythmen umrahmt und steigert geschickt die Handlung.

Die Premiere, die Mittwoch im Hofpalast am Zoo stattfand, zeigte die hohe Leistungsfähigkeit unserer Filmindustrie wenn auch der letzte künstlerische Einklang noch nicht erzielt wurde. Die Doppelhandlung — über der Sumurun ist das Drama der Tänzerin und ihres eifersüchtigen Rudigen breit ausgesponnen — zerfällt in das Interesse Judent war die Darstellerin der Sumurun — Nenny Dasselquist — zwar unübertrefflich im Spiel ihres schmieglamen Körpers wunderbar, aber ihr Gesicht ist noch nicht ausdrucksvoll genug. In Pola Negri (die Tänzerin), Paul Wegener (der müde alte Scheik), Harry Liedtke (der zärtlich-sentimentale Teppichhändler), Gede Rissen (die schlaue Dienerin) und nicht zuletzt Ernst Lubitsch selbst als tragikomischer Rudiger — in feineren Rollen Jacob Lieble und Paul Gräß — war eine glänzende Schar von Darstellern tätig, die bis auf geringe Ausnahmen alle wahre Filmkünstler sind. Die Ausnahmen sind hervorzuheben schön, nur waren die Bühnenbilder der Gaukler meist zu dunkel im Gegensatz zu den Zuschauerbildern, die höchst lebendig wirkten.

Das Auge schweift in wunderbaren Bildern, die Eigenart ist ganz dem Weien des Films angepaßt und folgt eigener Gesetzmäßigkeit, die Darsteller geben Seelisches in allen Abtunungen, von garter Andeutung bis zur wilden Leidenschaft, ein starker, hehrer Atemzug geht durch das ganze Stück. Wir haben wieder einen „großen Film“, der hohen Ansprüchen genügt.

Dauptmanns „Biberpels“ Komödie wurde in dem hübschen Neuen Volkstheater (Köpenicker Straße) in einer neuen, gut vorbereiteten Aufführung gezeigt. Die fleißige Bühne hatte es zu einer Frau Wolff gebracht, die sich nicht nur in der Köpenicker Straße setzen lassen konnte. Tilba Staudte stellte dieses gerissene und mit allen Hunden gehetzte Weibchen dar, das unter der Maske häuslicher Unbarkeit soviel Schläue verbirgt, daß es zu einem richtigen kleinen Verbrecher gerade ausreicht. Sie dringerte Klug und voller Hingabe die Politik ihres Hausweins und verstand es gut, in den Angelegenheiten außerhalb ihres Hauses die treibende und siegende Kraft zu bleiben. Bei diesem Temperament hatten die anderen Darsteller einen schweren Stand. Die schmerzliche Trübsalhaftigkeit ihres Mannes trat bei Siegfried Rübnerberger glaubhaft zutage. Bulow, der Schiffer, von Ferd. Kurth dargestellt, war ein zu geprehter Top. Paul Herma als der Amtsvorsteher Wehrhahn wäre ebenfalls ein wenig gedämpft besser gewesen. (Abz. das lag vielleicht an der Regie, die den zweiten Akt ganz auf das karikaturistische angelegt hatte.) In den kleinen Rollen des Rentiers Krüger und des Amtsbürokraten Friedr. Lobe und Armin Schweizer nicht unerwähnt bleiben. Die Regie unter Hans Brahm hatte für eine geschmackvolle Inszenierung gesorgt. Nur die Pausen waren zu lang. K.

Ein Denkmal für Emil Fischer. Die deutsche chemische Industrie will den beiden Großmeistern chemischer Forschung, die im letzten Jahre verstorben sind, an ihren Wirkungsstätten Denkmäler setzen. Das für Adolf Bayer in München erhielt Adolf von Hildebrand in Auftrag. Und das Berliner Denkmal für Emil Fischer wächst jetzt in der Werkstatt von Fritz Klimsch empor. Es soll vor dem Chemischen Universitätsinstitut seinen Platz erhalten, am Eingang von der Hessischen Straße, wo grüne Anlagen es umgeben sollen. Klimsch entwarf eine Monumentalfigur von doppelter Lebensgröße, die in dem hellen Kalkstein ausgeführt werden soll, wie ihn auch sein Vordem-Denkmal auf dem Karlsplatz zeigt. Auf niedrigem Sockel wird sich die Figur erheben, auf einem kleinen schemelartigen Sitz, so daß die hochgeredete, beherrschende Erscheinung dieses Führers seiner Wissenschaft recht hervortritt.

„Ordnung im Alltag“ heißt eine Ausstellung, die vom 25. September bis 10. Oktober im Schöneberger Rathaus der anstalt wird. Sie soll zeigen, wie Wohnungseinrichtung und Tracht zweckmäßig, sparsam und doch ansprechend zu gestalten sind. Zutritten an Frau Ilse Müller-Delreid, Friedenau, Bismarckstr. 1.

Zwei Philharmoniker, das größte und zweifelhafte tschechische Philharmonische Orchester wird an fünf Berliner Abenden unter Diablosan B. Sal nicht nur bedeutende Werke Haydn'scher Musik, sondern auch B. Mahler und A. Strauss zu Gedde bringen. Diese Orchestervereinbarung hat zuerst und zwar sofort nach Friedensschluss, neben den großen Klavieren auch Dichtungen, moderner deutscher Meister in Entenländern aufgeführt. Am Orchester sitzen auch viele Professoren der ehemaligen russischen Konserntorien.

Ein Lehrgang über Berufsberatung, der für Schulaufsichtsbeamte, Lehrende und Jugendpfleger bestimmt ist, findet vom 27.—30. Sept. im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W 35, statt. Nach jedem Vortrage findet Meinungsaustausch statt. Der gesamte Lehrgang kostet 20 M., einzelne Vorträge je 2 M.

Nach den Frankfurter Unruhen.

Fünf Todesopfer in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 2. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die gestrigen Vorgänge haben 5 Todesopfer gefordert. Im Heiligengeisthospitale sind 3 im Städtischen Krankenhaus noch 1 Arbeiter durch ihre Verletzungen erlegen. Eine alte Frau, die sich mit ihrer Tochter auf dem Spaziergange befand und dabei verlegt wurde, ist auf dem Transport nach dem Krankenhaus gestorben. Die Zahl der Schwerverletzten beträgt 12, darunter befinden sich ein Sicherheitspolizist, ein Nebelführer bei den Mannern sind bisher drei Personen verhaftet worden, darunter ein Bländerer. Die hiesige Arbeiterschaft verharrt bis mittags 12 Uhr wegen der Vorgänge in passiver Resistenz. — Im „Heiligengeisthospitale“ ist gestern auch das letzte Opfer aus den Tagen des Kapp-Putsch gestorben, eine Frau, die bei den Zusammenstößen auf der Straße schwere Schußverletzungen erlitten hatte.

Frankfurt a. M., 2. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Das Befinden mehrerer Schwerverletzter von den gestrigen Unruhen ist sehr bedenklich. Der Kommandant der Sicherheitspolizei am Rathaus in der Bethmannstraße hatte sich alle Mühe gegeben, die schon in der Versammlung durch einen Offenbacher Kommunisten aufgeführte Menge zu beruhigen, aber sie wollte durchaus Waffen haben. Es ist dann später auch ein Waffenladen in der Kaiserstraße samt der Geschäftslasse vollkommen ausgeraubt worden. Zu der Forderung auf Auszahlung von 500 M. an alle länger als 6 Wochen Arbeitslosen haben sogar die Unabhängigen im Sozialpolitischen Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung geschwiegen. Den übrigen Forderungen hat der Ausschuss zugestimmt. Heute wird sie der Magistrat beraten. Der unabhängig-kommunistischen Generalstreikpropaganda haben sich S. P. D. und Gewerkschaftsartikell nicht angeschlossen.

Der Unterschied.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ berichtet von einer kommunistischen Arbeitersendemonstration: „Da die Abordnung nicht gleich aus dem Staatsamt zurückkam, zerstreute sich die Ansammlung.“ Bei uns hätte es nicht an Rednern gefehlt, die der Masse die Verhaftung oder Ermordung ihrer Vertreter vorgelegt und sie zum Sturm auf das Gebäude gehetzt hätte.

Gescheiterte Verhandlungen.

Stuttgart, 2. September. (U.) Der Generalsstreik geht weiter. Die gestern unter dem Vorbehalt der Regierung geführten Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt, da die Arbeitgeber sich weigerten, mit dem Aktionsausschuss zu verhandeln, der als eine vorübergehende Erscheinung und nicht als Vertreter der Arbeiterschaft angesehen sei. Die Arbeitgeber erklärten sich aber bereit, mit den Gewerkschaften und einer von den Arbeitern der geschlossenen Betriebe gewählten Kommission die Verhandlungen fortzusetzen. Eine gestern nachmittag abgehaltene Vollversammlung der Betriebsräte, die einen sehr stürmischen Verlauf nahm, hat beschlossen, den Aktionsausschuss aufzulösen, und die Weiterführung des Streiks sowie die Fortführung der Verhandlungen in die Hände der Gewerkschaften zu legen. Im Rande draußen ist der Streik im Abflauen begriffen.

Streikbeilegung in Elberfeld.

Im heutigen Morgenblatt hatten wir von dem im Betrieb der „Vergisch-Märkischen Zeitung“ in Elberfeld ausgebrochenen Streik Mitteilung gemacht, der entstanden war, weil das technische Personal sich weigerte, einen Leitartikel mit der Ueberschrift „Verfassungsabotage“ zu setzen. Wir hatten auf das Bedenklische dieses Streiks hingewiesen, der nicht das geeignete Mittel zur Bekämpfung der Schundliteratur sei. Die U. bringt nunmehr folgende Mitteilung von dem Ende des Ausstandes in Elberfeld:

Der Streik des technischen Personals im Betriebe der „Vergisch-Märkischen Zeitung“ wurde infolge einer Versammlung der Gehilfenorganisation und Vertretern der Verleger- und Redakteur-Organisation beigelegt, nachdem die Gehilfenorganisation durch ihren Gouvernateur die Erklärung abgegeben hatte, daß sie eine Einwirkung auf den politischen Inhalt der einzelnen Prehorgane auszuüben ablehnen und daß sie lediglich die technischen Arbeiten auszuführen haben, ohne auf den geistigen Inhalt der politischen Prehorgane, in denen sie tätig sind, ihre Einflußnahme zu erstrecken.

Durch diese vernünftige Haltung der Arbeiterschaft wird ihren Gegnern nunmehr der Boden entzogen, von einer Diktatur der Arbeiter über Andersdenkende Geschrei zu erheben und damit die Arbeiterschaft zu schädigen. Indem diese sich für den Kampf mit geistigen Mitteln einsetzt, stärkt sie ihre Macht weit mehr, als wenn es ihr wirklich im Einzelfall gelingen sollte, den heftigsten Leitartikel irgendeines bössartigen Publizisten zu unterdrücken.

Der Verleumdungsumpf.

Wir erhalten folgendes Schreiben:

Sie bringen in Ihrer Morgennummer vom 28. August unter der Ueberschrift: „Der Verleumdungsumpf des Lololanzingers“ Auslassungen über den Prozeß Scheidemann/Prinz, in welchen gegen uns der Vorwurf erhoben wird, daß wir als Geldgeber des angeklagten Prinz diesem bei seinen unlauteren Nachenschaften Vorschub geleistet hätten. Tatsache ist, daß unser Redakteur, Herr Dr. Specht, wegen einer Reihe über die Gebrüder Eliaz gebrachte Zeitungsnachrichten in mehrere Verleumdungsprozesse verwickelt wurde, in welchen er Herrn Rechtsanwalt Ribell seine Vertretung übertragen hat. Herr Rechtsanwalt Ribell hat, wie dies in solchen Fällen üblich ist, zur Durchführung dieser Sachen und zur Vornahme von Recherchen von uns am 27. Juli 1920 einen Kostenvorschub erhalten. Der Herr Rechtsanwalt Ribell offenbar lange Zeit vorher ohne Auftrag von uns und ohne unser Wissen ein Schriftstück von Prinz erworben hatte, ist erst nachträglich zu unserer Kenntnis gekommen.

Dachau, 2. September.

August Scherl, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
(Unterschriften unleserlich.)

Danach müssen wir schon sagen, daß der „Lokal-Anzeiger“ einen recht eigenartigen Rechtsvertreter besitzt, der Kostenvorschüsse in einer Weise benutzt, daß sein Auftraggeber nachher entsetzt von ihm abrückt.

Ein teures Schilderhaus.

A. S. Kattowitz, 2. September. Die polnische Zeitungen berichten, hat der französische Kreisverwalter für Stadt und Kreis Kattowitz, Oberst Blanchard, der Stadt Kattowitz für die Herstellung eines Schilderhauses während des Aufstandes eine Geldstrafe von 10000 M. auferlegt.

Der englische Bergarbeiterstreik.

Unterstützung durch den „Dreiverband“.

London, 2. September. (Holländisch-Kennzeichen.) Im Gegensatz zu den Erwartungen hat die Konferenz des Dreiverbandes (Eisenbahner-, Bergarbeiter- und Transportarbeiter-

verband) keine Schritte unternommen, um die drohende Gefahr eines Grubenarbeiterstreiks zu verhindern, sondern sie gab die formale Erklärung ab, daß die Forderungen der Grubenarbeiter unterstützt werden sollen. Heute wird die Konferenz aufs neue zusammengetreten und man erwartet, daß sie heute die Mittel bereiten wird, die einen Streik im letzten Augenblick noch verhindern können. Die britische Regierung hat bisher ihre Haltung in der Angelegenheit nicht geändert, obgleich der Arbeitsminister Herne befand, daß die Regierung bereit sei, neue Vorschläge zu erwägen, falls sie von Seiten der Grubenarbeiter gemacht würden. Der Unterausschuss des industriellen Dreiverbandes wurde für stündig erklärt und hat die Befugnis erhalten, falls nötig, eine Sonderkonferenz der Arbeiterschaft zusammenzubringen.

Ein englischer Gewerkschaftsführer in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 2. September. (P. S. N.) Der englische Gewerkschaftsführer Luther Smith aus London ist hier eingetroffen und wird heute in einer Versammlung der Vorstände und Delegierten des Gewerkschaftsartikells über die englische Arbeiterbewegung seit 1914 sprechen.

Konstantinopel von den Griechen besetzt?

Hamburg, 2. August. (U.) Die „Hamburger Nachrichten“ melden aus Paris: Das Organ des Vatikan, der „Osservatore Romano“, veröffentlicht eine Meldung, wonach Konstantinopel von den griechischen Truppen besetzt worden ist. Das päpstliche Organ fügt hinzu, daß diese Nachricht die Katholiken der ganzen Welt nicht gleichgültig lassen könne. Man müsse hoffen, daß, wenn diese Nachricht sich bestätigen sollte, England und Frankreich nicht zuzukommen werden, daß Konstantinopel in den Händen Griechenlands bleibe.

Horthys Zukunftspläne.

Wien, 1. September. (U.) Das Abendblatt der „Neupost“ weiß einige Mitteilungen über den Verkauf der Geheimfugung zu machen, deren Gegenstand der vom Kriegsminister benutzte karlistische Putschversuch war. Danach soll es in der ziemlich stürmisch verlaufenen Sitzung u. a. zwischen dem Kriegsminister und einem karlistischen Abgeordneten zu einem erhöhten Zwiesgespräch gekommen sein, bei dem der Abgeordnete angedeutet hätte, daß der Reichsverweser Horthys mit seinen Freunden gegen die Rückkehr des Kaiserthronen Karl sei, weil er selbst gern König von Ungarn werden möchte. Der Abgeordnete habe darauf aufmerksam gemacht, daß die neuen Pläne, die jetzt für die Armee hergestellt würden, die Militäreinheiten Horthys trügen.

Russisches Elend.

Helsingfors, 1. Septbr. (O. E.) Der Petersburger „Iwessija“ zufolge nimmt die Zahl der Erkrankungen an Cholera und Dysenterie in Petersburg stark zu. Die seit 1. Juli erhöhte Brotzotation wird wieder herabgesetzt.

Laut „Krasnaja Goleta“ vom 28. August wurde in einer Besprechung des Petrograder Sowjets mit Bauerndelegierten aus dem Petrograder Kreise festgestellt, daß die diesjährige Ernte in den Provinzen, die Petersburg sonst mit Getreide belieferten, sehr schlecht sei und daß keine Hoffnung bestehe, aus diesen Provinzen Getreide zu erhalten. Der eigene Bedarf der getreideerzeugenden Gouvernements kann nur für 7 Monate gedeckt werden.

Erhöhung des Brotpreises in Frankreich. Vom 1. September ab wurde der Brotpreis auf 1,30 Franken für das gewöhnliche und auf 4,20 Franken für Luzusbrod erhöht.

Groß-Berlin

Ein Schulstreik?

Elternprotest gegen mangelhafte Schulräume.

Als vor mehreren Jahren die Stadt Berlin daran ging, private Mittelschulen für Mädchen zu kommunalisieren, mußte sie auch die von diesen Anstalten benutzten Räume übernehmen. Die meisten Privatschulen waren aber nicht in Schulhäusern, sondern in nobelartig für Schulzwecke eingerichteten Wohnhäusern untergebracht. Jetzt beginnen die Eltern unter Führung ihrer Vertreter sich gegen die weitere Benutzung solcher durchaus ungeeigneten Räume zu wehren.

Die 4. städtische Mittelschule in der Wilmersdorfer Straße, hervorgegangen aus einer Privatschule, die im Herbst 1919 von der Stadt übernommen wurde, hat bisher sich mit besonders schlechten Räumen behelfen müssen. Diese waren früher zum Betrieb einer Badeanstalt benutzt worden und wurden dann für die Privatschule umgebaut, aber ein regelrechtes Schulhaus konnte daraus natürlich nicht werden. Noch jetzt befinden sich die Klassen auf dem Korridor, sie sind aber nicht völlig ungeschlossen, sondern nur durch eine etwa 2 Meter hohe Bretterwand abgeschlossen. Nicht dabei ist die Trinkwasserleitung und auch der Eingang einer Sanitarküche, so daß die Klassenblässe in das Klassenzimmer dringen können. Die Treppen zu den oberen Räumen sind schmal und aus Holz, so daß bei Feuerbruch für die dort untergebrachten Kinder das Schlüpfen zu fürchten wäre. Der Hofraum für die 600 Kinder ist so gering, daß sie in den Pausen sich drängen müssen.

Als vor Wahl von Elternbeiräten hatten die meisten Eltern gar keine Ahnung davon, wie die Schule ausfalle. Bei der Anmeldung ihrer Kinder kamen sie in das Zimmer der Schulleiterin — und weiter sehen sie nicht. Nach Uebernahme der Schule durch die Stadt hielt der Elternbeirat es für seine erste Aufgabe, den Magistrat auf die Mängel der Schulräume aufmerksam zu machen. In diesem Sommerhalbjahr kam endlich die amtliche Benachrichtigung, daß die Schule nach der Turmstraße in ein frei werdendes Gemeindeschulhaus verlegt werden sollte. Aber fünf Tage später lief ein zweites Schreiben ein, das ohne Angaben von Gründen die erste Nachricht für ungültig erklärte und die Verlegung ablehnte.

In einer sehr hart besuchten Elternversammlung hat am 30. August der Elternbeirat über die Verhandlungen berichtet. Die Bekanntgabe der Ablehnung rief größte Erregung hervor und mehrere Redner forderten sofortigen Schulstreik. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Elternversammlung hat mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß der Magistrat die Verlegung der Schule ohne jede Begründung abgelehnt hat. Sie beauftragt den Elternbeirat, ersucht bei dem Magistrat vorstellig zu werden und bis Montag, 6. September, mittags 12 Uhr, den Weisheit zu verlangen, daß die Schule verlegt wird, widrigenfalls die Eltern ihre Kinder so lange nicht zur Schule schicken, bis Schulräume beschafft sind, die den sanitären Anforderungen und den Vorschriften für Feuerlicherheit entsprechen.“

Wir hoffen, daß in den weiteren Verhandlungen zwischen Magistrat und Elternbeirat es gelingen wird, eine befriedigende Lösung herbeizuführen. Die Verlegung der Schule mag Schwierigkeiten bereiten, aber sie müssen überwunden werden, damit dieses sogenannte „Schulhaus“ endlich ausgerüstet werden kann.

Der große Gelddiebstahl in der Reichsbank aufgeklärt.

Vor 14 Tagen sollten, wie mitgeteilt, zwei Postbeamte überhäufiges Geld vom Amt an die Reichsbank abliefern. Der eine trug einen Beutel mit 148 000 Mark Papiergeld bei sich, während der zweite zur Sicherheit mitging. Auf der Reichsbank gelang es einem Dieb, mit dem Postfach zu verschwinden, ohne daß jemand etwas merkte. Die Oberpostdirektion schrieb auf die Ermittlung und Festnahme des Diebes und die Wiederbeschaffung des Geldes eine Belohnung von 5000 Mark aus. Kriminalkommissar Boese und seine Beamten nahmen die Nachforschungen auf, und es gelang ihnen, in kurzer Zeit den Diebstahl aufzuklären und die Täter hinter Schloß und Riegel zu bringen. Beteiligt waren als Diebe und Helfer ein Moritz Silberstein, ein Samuel Orland, ein Michael Leslowitz, ein Josef Wolfowitz, ein Igor Kwiart, ein Boris Kalinski und ein Zewa Wolfowitz. Als die eigentlichen Diebe sind Kwiart und Wolfowitz erkannt. Einer hand Schmiere, während der zweite den Postfach aufschloß. Auch draußen waren noch Knapser vorhanden. Die Verhafteten gehören alle zu der Gesellschaft von Galizien, die im Scheunenviertel haust und von den dortigen Spielunten aus ihre Beutezüge unternimmt. Am Tage nach dem Diebstahl verschwanden die Täter, ihre Helfershelfer und ihre Mitwisser, die sich nicht mehr von ihnen trennen, um sich den Beuteanteil nicht entgehen zu lassen, aus Berlin. Von der Reichsbank aus waren die Diebe nach der Grenadierstraße gefahren, um die Beute zu teilen. Noch in derselben Nacht fuhr die Gesellschaft nach Steinmünde und von dort mit einem Dampfer weiter nach Danzig. Hier wurde sie auf Veranlassung des Kommissars Boese durch die Danziger Kriminalpolizei festgenommen.

Sedan- und Anti-Sedanfeiern in Potsdam.

Scharfe Gegenätze werden heute nachmittag in Potsdam aufeinanderprallen. Die Deutschnationalen veranstalten im Lustgarten eine große Sedanfeier, nachmittags um 4 Uhr, die linksstehenden Parteien auf dem alten Bassinplatz zur gleichen Zeit eine Anti-Feier. Von 8 Uhr an ruhen alle Betriebe in Potsdam. Als Zugeständnis an die Gewerkschaften wollen die Deutschnationalen ihren Festzug nicht durch die Hauptstraßen Potsdams leiten. Das Glockenspiel der Alten Garnisonkirche zu Potsdam gibt zu diesem Spiel der Gegenätze die Begleitung. Um je dem gerecht zu werden, wird Professor Beder vom Turm der Garnisonkirche folgende Weisen spielen lassen: „Gebet aus dem Freischütz“, „Da streiten sich die Teufel herum oft um den Wert des Glases“, „Freiheitsgefänge“, „Als die Römer frech geworden“, „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein“, „Ged der Deutschen“ usw. Die Deutschnationalen forderten die Bevölkerung auf, die Straßen zu säubern. Bis jetzt haben aber nur wenige dem Ruf Folge geleistet.

Das Verwaltungsgebäude der Berliner Maschinenbau-AG. bei vorm. L. Schwartzkopff, Chausseestr. 23, hat, wie uns mitgeteilt wird, seit heute früh Flaggenst. m. d. Auf dem Dach weht die schwarz-weiß-rote Fahne. Hat die Direction des genannten Werkes nichts Besseres zu tun, als im Augenblick der höchsten politischen Spannung sich mit solcher lächerlichen Theaterei zu beschäftigen.

Feuer im Gebäude des Schillertheaters.

Die Charlottenburger Feuerwehr wurde heute vormittag nach der Bismarckstraße gerufen, wo im Gebäude des Schiller-Theaters ein größerer Brand ausgebrochen war. Es handelt sich um den Seitenflügel des Theatergebäudes, der nach der Bismarckstraße zu liegt und in dem sich die Restaurationsräume befinden. Das Feuer wüthete in dem im zweiten Stock liegenden Festsaal, wo es anscheinend die ganze Nacht hindurch wüthete gefunden hatte. Eine Bühne war besonders in Mitleidenschaft gezogen und ist völlig ausgebrannt. Der Saal ist außerdem durch Rauch und Hitze sehr stark beschädigt. Es handelt sich aber nicht um den sogenannten Schilleraal, der sich in einem anderen Teil des Gebäudes befindet. Da das Theater selbst nicht beschädigt ist, findet die heutige Vorstellung wie üblich statt.

Geheimnisvolle Zukererschwindler.

Seit einiger Zeit, so wird uns geschrieben, treiben Schwindler, die angeblich Angestellte der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung zu sein, einen lebhaften Schwindel mit Zucker. Es scheitern mehrere Leute gemeinsam zu arbeiten, wenigstens ist in einigen Fällen festgestellt, daß zwei Personen als Vermittler auftraten, die angeblich Angestellte der Konsumgenossenschaft sind. Nachdem die Betreffenden ein Opfer gefunden haben, treffen sie angeblich mit einem weiteren Angestellten der Konsumgenossenschaft zusammen, um hierauf in einer Reihe das Zukergeschäft abzuschließen. In der Regel soll der Käufer des Zuckers sich die Ware am Oshafen holen; er muß selbstverständlich doppelt bezahlen. Den Schwindlern ist der Trick schon einige Male gelungen und haben sich die Betrogenen hinterher im Verwaltungsgebäude der Konsumgenossenschaft davon überzeugen müssen, daß sie ihre 16 000 bzw. 20 000 bzw. 33 000 M. losgeworden sind, ohne den von ihnen beherrenchten Zucker, mit dem die Käufer zweifellos wieder weitere Zukergeschäfte machen wollten, erhalten zu können. Die Angelegenheit ist der Polizei und auch der Zukerstelle seit längerer Zeit bekannt. Es wurden auch auf der Polizei eingehendere Angaben gemacht, wo dies Schiebernetz auszuheben wäre, es scheint aber, als ob die Polizei diesen Dingen nicht die genügende Aufmerksamkeit schenkt, denn die Schiebergesellschaft treibt nach wie vor ihr Unwesen.

Wie uns seitens der Konsumgenossenschaft mitgeteilt wird, ist es nach dem ganzen organisatorischen Aufbau der Warenverteilung bei ihr vollständig ausgeschlossen, daß ihre Angestellten an dieser Sache irgendwie beteiligt sein können. Im übrigen aber hält die Konsumgenossenschaft ihren Zucker nicht am Oshafen, sondern von einem anderen Lagerplatz Berlins ab.

Für 400 000 M. Einkommensteuermarken unterschlagen.

Einen neuen Gegenstand für Diebstähle und Veruntreuungen, wahrscheinlich bald auch für Fälschungen, hat der Steuerabzug gekostet. Die Steuermarken, durch die der Abzug belegt wird, haben einen erheblichen Wert. Die höchsten Wertzeichen lauten auf 25 Mark. Ein ungetreuer Postbeamter hat sich die neue Einrichtung schon verbrochenisch zu Nutze gemacht. Ein Postbeamter Wilhelm Müller aus Berlin hat dem Amt 16 000 Stück 25-Mark-Steuermarken, also für 400 000 Mark unterschlagen und ist durchgebrannt. Auch 70 000 Mark bares Geld hat er noch mitgenommen. Er braucht es also mit dem Verkauf der unterschlagenen Steuermarken nicht allzu eilig zu haben. Auf die Ergreifung des Missethätigen und die Wiederbeschaffung seiner Beute ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Es wird vermutet, daß er sich nach Berlin gewandt hat. Die Kriminalpolizei hat die Forderung nach dem Missethätigen aufgenommen. Der 35 Jahre alte Postbeamte ist 1,90 Meter groß, sieht blaß aus, geht vornübergebeugt, spricht schäffische Mundart und trug zuletzt einen grauen Sommerüberzieher.

Erntedankfest der Landvolksleute. Die 14. Allgemeine Versammlung von selbstorganisierten Genossen, Fräulein, Müttern und Kleinkindern, veranstaltet vom Zentralverband der Kleingartenvereine Deutschlands, Gau Groß-Berlin (Verband der Landvolksleute), findet am Sonntag, Montag und Dienstag (6., 7. und 8. September) im Grezlerhaus der früheren Franzosen-Regiments, Wilmersdorfer Straße 47-49, statt. Sie ist geöffnet am Sonntag 2-10 Uhr, am Montag 9-9 Uhr, am Dienstag 9-7 Uhr.

Zettel. In der gestrigen öffentlichen Versammlung referierte vor vollbesetztem Saale Genosin Juchacz. In der Diskussion verurteilte ein Kommunist für seine sattem bekannten Ansichten Propaganda zu machen, mußte sich aber überzeugen, daß der deutsche Arbeiter nicht gewillt ist, aus Deutschland eine Sowjetklientel zu machen. So bedeutet auch diese Versammlung einen glänzenden Erfolg unserer Ideen.

